

# Passbeschaffung und Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung

*Eine Online-Veranstaltung für Fachkräfte*

## **Wann & Wo**

27. Januar 2021, 17:00-19:30 Uhr

Die Veranstaltung wird online per Zoom stattfinden.

## **Anmeldung**

Bei Interesse an der Teilnahme schreiben Sie eine E-Mail an: [brezger@fluechtlingsrat-berlin.de](mailto:brezger@fluechtlingsrat-berlin.de)

Wir schicken Ihnen spätestens einen Tag vor der Veranstaltung den Zugangslink zu.

## **Inhalt**

Rechtlicher Überblick über Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung und ihre Folgen

Referentin:  
Jenny Fleischer (Rechtsanwältin)



Der Druck auf Asylsuchende, Geduldete und Schutzberechtigte einen (Reise-)Pass oder sonstige Identitätsnachweise zu beschaffen, nimmt stetig zu. Viele Ausländerbehörden und das Landesamt für Einwanderung machen die Erlaubnis einer Erwerbstätigkeit, die Ausstellung einer Ausbildungsduldung oder Aufenthaltserlaubnis sowie deren Verlängerung von der Mitwirkung bei der Passbeschaffung abhängig. Aufenthalt und Teilhabe werden somit zunehmend von der Identitätsklärung bestimmt. Gleichzeitig ist es je nach Herkunftsland schwierig bis unmöglich, einen Pass oder vergleichbare Dokumente zu beschaffen. Zudem bedeutet die Vorlage eines Passes für viele eben auch, die Voraussetzung für die eigene Abschiebung zu schaffen!

Vor diesem Hintergrund stehen Betroffene hier vor enormen Herausforderungen. Um adäquat beraten und unterstützen zu können, bieten wir eine Veranstaltungsreihe zum Thema *Passbeschaffung und Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung* an. Über das gesamte Jahr wollen wir uns so verschiedenen themen- und vor allem länderspezifischen Schwerpunkten widmen. Neben kleinen Inputs von Fachexpert\*innen bietet die Veranstaltungsreihe vor allem einen Raum für Erfahrungsaustausch.

In der Auftaktveranstaltung, am 27. Januar 2021 von 17:00-19:30 Uhr gibt zunächst Rechtsanwältin Jenny Fleischer einen rechtlichen Überblick über die Mitwirkungspflichten im Rahmen der Identitätsklärung und ihren Folgen. Im Anschluss wird es Raum für Fragen und Austausch geben. Die Auftaktveranstaltung wird sich nicht, wie die Folgeveranstaltungen, auf bestimmte Herkunftsländer beziehen, sondern auf den allgemeingültigen rechtlichen Rahmen und die Handlungsspielräume innerhalb dessen.

## Ausblick

Januar 2021	Allgemeiner rechtlicher Überblick
März 2021	Länderfokus: Afghanistan, Pakistan, Iran
Mai 2021	Länderfokus: Gambia, Guinea, Nigeria
Juli 2021	Eine Veranstaltung für Betroffene (offline mit Sprachmittlung)
August 2021	Themenfokus: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und junge Erwachsene
Oktober 2021	Länderfokus: Vietnam, Türkei, Russische Föderation
Dezember 2021	Länderfokus: Irak, Libanon

Die Veranstaltungen finden voraussichtlich online von 16-19 Uhr statt. Weitere Informationen folgen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

## Organisation

Die Veranstaltungsreihe wird organisiert durch die Berliner AG Beschäftigungsverbote. In der AG sind u.a. vertreten:

